An einem unserer heute eingestellten Hinweise können Sie schön beobachten, wie wir manipuliert werden. Gemeint ist der Artikel im ManagerMagazin über „Die Rückkehr der Reumütigen“. Wenn Sie dann diese Abwanderungsdebatte konfrontieren mit dem Beitrag in der taz „Globalisierung in Franken“, dann können Sie erkennen, wie sehr die Debatte an dem vorbeigeht, was wirklich politisch entschieden und geregelt werden müsste: Das Gebaren der Finanzinvestoren zum Beispiel. Zunächst zum ManagerMagazin. Was dieses Magazin über Verlagerung und Rückkehr jetzt im April 2007 schreibt, konnten Sie in der „Reformlüge“ 2004 schon lesen. Das erwähne ich nicht, um die Richtigkeit meiner Analysen zu bestätigen, sondern um auf die Willkür hinzuweisen, mit der bei uns Meinung gemacht wird und mit einem so ernsten Thema wie der Abwanderung umgegangen wird. Albrecht Müller.

Ich zitiere zunächst einfach den Beginn des Artikels im ManagerMagazin:

> **Die Rückkehr der Reumütigen**
> Die Welle der Jobverlagerungen ins billige Ausland scheint eingedämmt. Einige Unternehmen kehren sogar wieder zurück oder verlegen Arbeitsplätze gezielt nach Deutschland. Das liegt zum Teil an der neuen Attraktivität des hiesigen Standorts – aber auch an den Risiken der Abwanderung.
> In der deutschen Industrie sind nach DIHK-Schätzungen im vergangenen Jahr zwar 50.000 Stellen ans Ausland verloren gegangen. Dabei handelte es sich vor allem um einfache Tätigkeiten, die laut Nitschke noch immer stark von ausländischer Konkurrenz bedroht sind. Gleichzeitig entstanden hierzulande jedoch rund 60.000 neue Jobs. Erstmals seit dem Jahr 2000 wurden damit mehr Stellen geschaffen als durch Abwanderung vernichtet.
>
> ---
>
> Quelle: manager-magazin

Im Text ist dann noch die Rede davon, der Trend zur Stellenverlagerung sei gestoppt, der Druck, Jobs zu verlagern, habe nachgelassen, es gebe sogar Anzeichen für eine Rückverlagerung; das hänge damit zusammen, dass der Standort D hart an seiner Attraktivität gearbeitet habe, dass die Beschäftigten sich mit Lohnforderungen zurückgehalten hätten, die Arbeitgeber (!) ihre Produktivität gesteigert hätten; die Zeiten hätten sich geändert. Dann wird immerhin noch aufklärend vermerkt, dass manches Unternehmen schlicht mit seiner Auslandsstrategie gescheitert sei und dass

Lohnkostendifferenzen nicht allein entscheidend sind, dass Qualitätsunterschiede, Logistikkosten und die Transportzeiten, Sprachbarrieren und kulturelle Differenzen bei der Standortentscheidung eine Rolle spielen.

Machen Sie sich den Spaß und lesen Sie den Beitrag im ManagerMagazin und den Auszug aus meinem Buch zum gleichen Thema hintereinander. Mein Text stammt vom April 2004. Alles, was das Managermagazin heute feststellt, konnte man auch damals wissen. Das ManagerMagazin konstruiert für die letzten Jahre eine von faktischen Gegebenheiten geprägte Abwanderungswelle, die jetzt gestoppt sei aus den beschriebenen Gründen. Schon am Beispiel der Lohnentwicklung kann man sichtbar machen, dass dies schlichte Manipulation ist. Die Löhne stagnieren nicht erst seit letztem oder vorletztem Jahr. Sie tun dies seit über 10 Jahren. Auch die anderen Gründe, mit Abwanderungen vorsichtig zu sein – also Qualitätsdifferenzen, Logistikprobleme, Sprachbarrieren, kulturelle Differenzen -, sind jetzt nicht neu vom Himmel gefallen.

Fazit: Hier wird eine Veränderung konstruiert, damit auch von dieser Seite und mit dem angstbesetzten Thema Abwanderung der strategische Versuch gestützt wird, die bessere wirtschaftliche Entwicklung als Erfolg der Reformen darzustellen (= „hart an der Attraktivität des Standorts D gearbeitet.“). An dieser Manipulation wird permanent gearbeitet, mit allen Mitteln und mit allen Themen. Die neoliberalen Agitatoren haben ein klares Ziel: Der Aufschwung, und sei er noch so klein, muss den Reformen zugeschrieben werden; damit logisch erscheint, dass sie weitergehen müssen.

Richtig amüsant ist die Tatsache, dass das ManagerMagazin auf der Suche nach einigermaßen verlässlichen Ziffern zur Abwanderung pro Jahr vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag die gleiche Auskunft bekommen hat wie ich im Januar 2004: 50.000 Stellen seien ans Ausland verloren gegangen. Also hat sich de facto nichts verändert, wenn man sich auf die Auskunft verlassen kann.

Bei aller Kritik an dem Beitrag des ManagerMagazins bleibt anzuerkennen, dass das Blatt immerhin auf den Trichter gekommen ist, die Bedeutung der tatsächlichen Abwanderung realistischer zu sehen. 50.000 Arbeitsplätze bei tatsächlicher Zahl von und 26 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und rund 35 Millionen Beschäftigter insgesamt. Angesichts dieser Relation wird klar: schlimm ist nicht die tatsächliche Abwanderung, schlimm ist, dass damit unentwegt gedroht wird und die Löhne gedrückt und soziale Leistungen zurückgenommen werden. Die Drohung mit Abwanderung ist die tagtägliche Anfechtung für viele Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschafter.

An dem Beitrag wird immerhin sichtbar, dass sowohl die Thematisierung des Themas

Abwanderung als auch die faktischen Entscheidungen von Unternehmen, abzuwandern, hier zu bleiben oder wiederzukommen ein ganzes Stück weit nicht von sachlichen Erwägungen sondern von modischen Eindrücken abhängen.

Das ManagerMagazin zitiert den Präsidenten der Mittelständler Ohoven mit dem Hinweis darauf, dass Deutschland nach Österreich mehr exportiert als nach China oder Indien. Da hätte ich mir einen Hinweis auf Gabor Steingart und andere Autoren gewünscht. Leider stellt aber das ManagerMagazin keinen Zusammenhang zwischen seiner die Abwanderung relativierenden Analyse und den dramatisierenden Texten von Gabor Steingart, Hans-Werner Sinn und anderen Globalisierungsautoren her. Gabor Steingart ist immerhin Chef des Berliner Büros des Schwestermagazins Der Spiegel. Und Gabor Steingart wie auch die anderen Autoren tun über weite Strecken so, als hätten wir direkt und unbeeinflusst von anderen Faktoren uns an den Löhnen von China und Indien zu messen. – Die Löhne sind aber nur ein Faktor von vielen. Andere Faktoren bestimmen die Wettbewerbsfähigkeit mit. Diese anderen Faktoren wie die Qualität der Infrastruktur und der arbeitenden Menschen, die Effizienz der Rechtsordnung, die Qualität und Schnelligkeit der Behörden, die kulturelle Attraktivität, die Begrenzung der Korruption und einiges mehr können wir einigermaßen gut beeinflussen. Das muss der Ansatz der Politik sein.

Ein anderer Ansatz der Politik zur Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird in dem erwähnten Beitrag der taz sichtbar.

Hier zunächst die Überschrift und der Link:

> **Globalisierung in Franken**
> Finanzinvestoren haben den fränkischen Bremsenhersteller FTE übernommen. Die Gewinne fließen ab, investiert wird nicht
>
> ---
>
> Quelle: taz

Hier besteht eindeutig Regelungsbedarf. Dieser wird auch in einem Interview der taz mit HANS-JOACHIM VOTH, Professor für Volkswirtschaft an der Uni Pompeu Fabra in Barcelona und ein gefragter Finanzmarktberater beschrieben.

Die Bundesregierung hat das schädliche Wirken dieser Finanzinvestoren durch

Steueränderungen wie die Steuerbefreiung der Gewinne bei Unternehmensverkäufen wie auch, worauf Prof. Voth hinweist, durch Senkung der Unternehmenssteuern und gleichzeitige Einschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten maßgeblich erleichtert.

Übrigens: Dieser Regelungsbedarf hat nahezu nichts mit Globalisierung zu tun. Die Globalisierung zwang uns nicht zu den schädlichen Veränderungen im Steuerrecht und sie hindert uns nicht daran, das Problem der so genannten Heuschrecken neu zu regeln. Unser Problem ist in diesem Kontext nicht die Globalisierung sondern die tatsächliche Korruption eines großen Teils der politischen Klasse durch die Finanzindustrie.

Anhang:

Albrecht Müller
Auszug aus „Die Reformlüge“, Denkfehler 13, Seiten 189 – 193

Panik wegen der Abwanderung von Arbeitsplätzen?

Der bayerische Ministerpräsident hat sich aus dem Gesamtthema ein wichtiges Element herausgepickt, mit dem er immer wieder Ängste schürt. Ende 2003 und Anfang 2004 hat er bei mehreren Gelegenheiten behauptet, aus Deutschland würden monatlich 50 000 Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Aufs Jahr gesehen wären das 600 000 verlorengegangene Arbeitsplätze. Eine dramatische Entwicklung. Das Problem ist auch durchaus ernst. Es gibt eine Reihe von Unternehmen, die Betriebe oder Teilbetriebe verlagern, vor allem nach Mittel- und Osteuropa und nach Asien. Aber gerade weil das Thema ernst ist, muss man vorsichtig damit umgehen; mit jeder Übertreibung nimmt die ohnehin latente Unsicherheit deutscher Unternehmen zu, und um so mehr orientieren sie sich an vermeintlichen Trends.

Weder vom bayerischen Ministerpräsidenten noch von seiner Staatskanzlei noch vom bayerischen Wirtschaftsministerium war zu erfahren, wie die magische Zahl von 50 000 Arbeitsplätzen gemeint war – brutto oder netto – und aus welcher Quelle die Angaben stammen. Erstaunlicherweise gibt es keine einigermaßen verlässlichen Zahlen über die Abwanderungen und Rückwanderungen. Vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag war im Januar 2004 zu erfahren, man schätze, es gebe jährlich 50 000 Verlagerungen. Vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit gab es keine Angaben dazu.
Das Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe macht zwar Studien und Befragungen zur Abwanderung. Aber über die Gesamtzahl von Ab- und Rückwanderungen erhebt auch das ISI keine verlässlichen Daten. Das ISI untersucht vielmehr, warum einige Unternehmen ihre Poduktion verlagern, während andere sie

rückverlagern. Es geht auch der Frage nach, warum so viele Verlagerungen scheitern. In einer Studie auf der Basis von Erhebungen aus dem Jahr 2002 hat das Institut festgestellt, die Abwanderungstendenz, die Mitte der neunziger Jahre am höchsten war, habe sich abgeflacht. Eine andere Erkenntnis des ISI bezieht sich auf das Motiv für die Verlagerung von Arbeitsplätzen: Neben der Lohndifferenz zwischen Deutschland und dem Ausland nennen 60 Prozent der Befragten die Markterschließung als wichtiges Motiv. Dagegen kann man nun überhaupt nichts sagen, im Gegenteil. Häufig entstehen so neben neuen Arbeitsplätzen im Ausland auch neue am heimischen Standort. Wir werden mit weiteren engen Verflechtungen dieser Art leben müssen und auch leben; hoffentlich gut leben, wenn wir endlich für eine größere Binnennachfrage sorgen.

Obwohl es also keine verlässlichen Daten über das Maß der Abwanderung und der Zuwanderung gibt, wird in der öffentlichen Debatte immer massiver mit einzelnen Beispielen gearbeitet und Stimmung gemacht. Man muss deshalb versuchen, sich selbst ein Bild zu machen. Nach meinem Eindruck ist dieses Bild nach wie vor ausgesprochen differenziert. Ich will einige konkrete Fälle skizzieren:

Als der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages im März 2004 die deutschen Unternehmer aufrief, Betriebe nach Mittel- und Osteuropa zu verlagern, brachten die ARD-Tagesthemen eine Reportage über zwei konkrete Fälle. Zum einen wurde berichtet, die Firma Siemens erwäge, die Produktion von Handys vom Niederrhein in ein Billiglohnland zu verlagern; zum anderen wurde vom Pflughersteller Lemken berichtet, der die Herstellung seiner Produkte von Kaliningrad zum Niederrhein zurückverlagert hatte. Dieser Unternehmer erklärte, die Qualität, die Pünktlichkeit und die Schnelligkeit der Produktion seien in Deutschland so viel besser, dass der Vorteil niedrigerer Löhne im Ausland dadurch aufgewogen werde.

Eine Fabrik in meiner Heimatstadt Heidelberg produziert dort Lacke und beliefert Kunden weltweit. Die Wettbewerbsfähigkeit wird durch intensive Forschung und Entwicklung und durch eine intensive und technisch ausgereifte Beratung der Kunden gesichert, auf deren Bedürfnisse man bei der Entwicklung und Produktion der Produkte flexibel eingeht. Die Kunden dieses Betriebes, Unternehmen aus der Möbelindustrie, sind zum Teil in Länder Osteuropas abgewandert beziehungsweise haben Betriebsteile dorthin verlegt. In der Nachbarschaft der Lackfabrik arbeitet ein Unternehmen aus der Elektrobranche, das seine Produktion nach Südostasien verlagert hatte, aber inzwischen wieder an den deutschen Standort zurückgekehrt ist.

Unter den Rückwanderern sind viele, die erst in der Praxis gemerkt haben, dass es außer den Lohnkosten noch andere Faktoren gibt wie zum Beispiel die Kosten für die

Qualitätssicherung, für die Organisation und Logistik, die sie in ihrer Bedeutung unterschätzt haben. Diese Kostenfaktoren können die Lohnkostenvorteile einer Verlagerung aufzehren. Diese Erfahrung hat beispielsweise die Jungheinrich AG bewogen, ihre Standorte in Großbritannien und Frankreich aufzugeben und die Produktion auf Schleswig-Holstein und Bayern zu konzentrieren. Der Vorstandsvorsitzende Cletus von Pichler nennt das ein »klares Bekenntnis zum Standort Deutschland«, der immer noch über gut ausgebildete Facharbeiter, über eine hohe Produktivität in der Fertigung und ein ausgeprägtes Qualitätsbewusstsein innerhalb der Belegschaft verfüge.52

Zur gleichen Zeit begegnete mir ein Produzent von hochwertiger Unterwäsche. Er produziert zur Zeit in Slowenien, erwägt aber schon, nach China weiterzuwandern, weil die Löhne in Slowenien inzwischen ordentlich gestiegen sind. Sein Unternehmerkollege Wolfgang Grupp hingegen – der Mann mit dem Schimpansen in der Fernsehwerbung – sieht große Vorteile darin, mit seiner Firma Trigema hier in Deutschland zu produzieren: »Ich bin stets am Ort der Produktion, um jedes Problem sofort lösen zu können«, meinte er in einem Interview mit dem Stern.53

Noch ein interessantes Beispiel: Der Landmaschinenhersteller Claas stellt Mähdrescher in Harsewinkel in Westfalen her. Er produziert jetzt auch in Russland, weil dort ein riesiger Markt zu erschließen ist. Die Unternehmensleitung rechnet damit, dass selbst dann, wenn 50 Prozent der Wertschöpfung in Russland liegen sollten, immer noch 50 Prozent der dort montierten Teile aus Harsewinkel kommen. Wenn die Produktion in Russland wegen des großen Bedarfs steigt und sich verdoppelt und vervielfacht, dann haben auch die Arbeitskräfte in Westfalen mehr davon als ohne diese Teilverlagerung.
Niemand weiß genau, wie die Nettobilanz dieser vielen Bewegungen aussieht. Ich will auch nicht behaupten, dass die Verlagerung ein harmloses Problem sei. Nur sollte man aufhören, daraus einen nicht zu stoppenden Trend zu konstruieren. »Es ist nicht gottgegeben, dass die Arbeitsplätze ins Ausland gehen müssen«, meint Wolfgang Grupp.

Gäbe es in Deutschland noch den Willen zur Vernunft, dann würden sich die maßgeblichen Kräfte in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Banken darauf verständigen, die Stimmungsmache pro Verlagerung sein zu lassen. Dann könnte man wenigstens jene Abwanderungen verhindern, die in der Vergangenheit und bis heute aus modischen Gründen beschlossen wurden – weil auch Investoren und Unternehmer nach vermeintlichen Trends entscheiden, weil sie nicht alle Faktoren durchrechnen, weil sie nicht bedenken, dass auch die Lohnkosten in Tschechien und in Polen und in Ungarn kurzfristig steigen können. Wenn sie das täten, würden sie auch bedenken, dass es Faktoren gibt, wie Sprache, Pünktlichkeit und Qualität, die wichtiger sein können als die Ausnutzung der letzten Lohndifferenz. Und weil Stimmungen bei diesen Entscheidungen eine so große Rolle

spielen, würde sich die Tendenz, die das ISI-Institut in Karlsruhe 2002 beobachtet hat, verstärken: Unternehmer würden genau überlegen, bevor sie im Ausland investieren, andere würden zurückkehren.
Wo Entscheidungen von Stimmungen abhängen, kann man sie auch positiv beeinflussen. Wir können Schluss machen mit der Miesmacherei, wir können unsere Stärken betonen, fördern und ausbauen, also die Ausbildung und Bildung der hier arbeitenden Menschen verbessern, die Infrastruktur intakt halten und verbessern, die anderen harten und weichen Faktoren wie das Gerichtssystem und die kulturelle Vielfalt unseres Landes annehmen und fördern, wir können die Offenheit und Attraktivität Deutschlands erhalten, ausbauen und dafür werben, werben, werben. Es war doch nicht ohne Absicht, dass Helmut Schmidt 1976 als Bundeskanzler vom Modell Deutschland sprach. Das zielte nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Damit sollte die Attraktivität unseres Landes auf den Punkt gebracht und sein guter Ruf gefördert werden. Damals hatte Helmut Schmidt Erfolg damit. Warum sollte es heute nicht wieder klappen?